

STELLUNGNAHME DES VERBANDES DER ZAHNÄRZTINNEN UND ZAHNÄRZTE VON BERLIN ZUR AKTUELLEN SITUATION IM VERSORGUNGSWERK DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN (VZB)



Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in den letzten Monaten haben wir in diversen Veranstaltungen des Verbandes, das Thema Versorgungswerk thematisiert, versucht die aktuelle Situation transparent zu machen und unsere Positionen zu erläutern.

Da jedoch unvermindert Anfragen an den Vorstand des Verbandes gestellt werden, die sich rund um das Versorgungswerk drehen, wollen wir schriftlich hierzu Stellung nehmen.

Vorangestellt möchten wir unterstreichen, dass der Verband der Zahnärztinnen und Zahnärzte von Berlin an einer lückenlosen Aufklärung aller im Raum stehenden Anschuldigungen und Verdächtigungen interessiert ist und dies auch aktiv in den Gremien des VZB unterstützt. Von unserer Seite wird hier nicht behindert, sondern proaktiv agiert. Dabei ist es völlig irrelevant, dass auch Verbandsmitglieder, die in den Organen (Verwaltungsausschuss [VA], Aufsichtsausschuss [AA] und Vertreterversammlung [VV]) des VZB ehrenamtlich Verantwortung trugen und tragen, zivil- oder strafrechtlich betroffen sein könnten.

Darüber entscheiden jedoch Gerichte. Bis zu einer solchen Entscheidung gilt die Unschuldsvermutung – deshalb werden wir uns an unkollegialen und ehrabschneidenden Diskussionen nicht beteiligen, sondern verurteilen diese.

Sollten Einzelne hier Verfehlungen begangen oder sich gar persönliche Vorteile auf Kosten der Versichertengemeinschaft verschafft haben, so sind diese natürlich zu ahnden.

Zur aktuellen Situation des Werkes

Das Versorgungswerk hat in den letzten 10 Jahren eine Richtungsänderung in der Anlagestrategie vollzogen, die teilweise mit dem globalen Wirtschaftsumfeld und der Niedrigzinsphase begründet werden kann. Wir sind jedoch nach aktuellem Kenntnisstand des Anlageportfolios der Meinung, dass eine ausgewogene, diversifizierte und risikoadjustierte Anlage in unserem Versorgungswerk nicht gegeben ist. Mehrheitsbeteiligungen an Unternehmen dürfen nur die absolute Ausnahme sein. Auch die Abkehr von einer diversifizierten und professionell gemanagten Aktienanlage zu Gunsten solcher Beteiligungen ist schwer nachvollziehbar. Hier wurden in der Vergangenheit höhere Risiken eingegangen, die nicht im Interesse der Mitglieder sein können. Ob die Anlagestrategie hierbei vorsätzlich missachtet wurde, ist uns nicht bekannt. Wenn ja, so läge unseres Erachtens auch ein Versagen der Fachaufsicht (Senatsverwaltung) vor. **In diesem Zusammenhang unterstützt der Verband der Zahnärztinnen und Zahnärzte auch die Gründung einer Interessengemeinschaft von Mitgliedern des VZB, um eventuell Schadensersatzforderungen gegen Dritte zukünftig geltend machen zu können.**

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass diese Anlagestrategie durch den Verwaltungsausschuss nicht verschleiert wurde und alle weiteren Organe des VZB (AA und VV) und somit auch alle Berliner Verbände Bescheid wussten. Der ehemalige Direktor des Werkes, der mittlerweile fristlos gekündigt wurde, hat sich in diversen Fachvorträgen sogar öffentlich mit diesen Anlage-Besonderheiten gebrüstet.

Drohen Leistungskürzungen für die Mitglieder des VZB?

Aktuell gibt es keinen testierten Jahresabschluss für das Jahr 2024. Dieser soll nach Informationen aus der letzten Vertreterversammlung des Werkes auch erst am Ende des 1. Quartals 2026 vorliegen. Die Rücklagen des VZB betragen ca. 150 Millionen € und würden nach aktuellen Vermutungen eines möglichen Abschreibungsbedarfes nicht ausreichen. Weitere aktivierbare Reserven von ca. 300 bis 400 Mio. € (ewiger Neuzugang, stille Reserven, Art der Bilanzierung) sind aber vorhanden und geben durchaus Anlass zur Hoffnung, dass eine Kürzung von Rentenanwartschaften am Ende vermieden werden kann.

Eine Kürzung von bereits gewährten Leistungen (Renten) ist unwahrscheinlich!

Aus diesen Gründen wird sich der Verband nicht an einer Panikmache, wie sie zurzeit in Teilen betrieben wird und nur zu weiterer Verunsicherung der Mitglieder führt, beteiligen. **Ziel muss es sein, dass eine Kürzung von Anwartschaften durch sinnvolles, verantwortungsvolles und werterhaltendes Vorgehen vermieden wird.**

Wie gestalten wir die Zukunft?

Der Verband der Zahnärztinnen und Zahnärzte von Berlin ist der Meinung, dass Standespolitik bzw. standespolitische Grabenkämpfe in einem Versorgungswerk nichts zu suchen haben. Die Mitglieder muss ein Ziel einen: **Der verantwortungsvolle Umgang mit unseren Mitgliedsbeiträgen und eine Mehrung derselben durch eine Anlagepolitik mit verantwortbarem Risiko.** Hierzu muss es in Zukunft eine Professionalisierung in allen Organen des Werkes geben, vor allem in Verwaltungs- und Aufsichtsausschuss. Aspekte einer variableren Beitragsgestaltung (z.B. keine statische Anbindung an die Rentenbemessungsgrenze), die mehr Eigenverantwortung der Mitglieder ermöglicht, sollte diskutiert werden.

Die ehrenamtliche Tätigkeit in bestimmten Organen des Werkes könnte zeitlich begrenzt sein. Dazu sind entsprechende **Änderungen in der Satzung des VZB** die Voraussetzung. Der Verband steht solchen Satzungsänderungen positiv gegenüber und ist bereit, gemeinsam mit den anderen zahnärztlichen Verbänden, hieran zu arbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Situation ist sehr ernst aber lassen Sie uns gemeinsam und kollegial mit den Zahnärztinnen und Zahnärzten aus Brandenburg und Bremen an notwendigen Veränderungen für unser Versorgungswerk arbeiten. Wir sitzen alle in einem Boot und haben deckungsgleiche Interessen. Schuldzuweisungen, Verschwörungstheorien und persönliche Anfeindungen bringen uns nicht weiter. Wir müssen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und gemeinsam für nötige Veränderungen eintreten und kämpfen.

Der Verband der Zahnärztinnen und Zahnärzte steht hierfür auch in Zukunft mit seinen Mitgliedern bereit.

Mit kollegialen Grüßen

Dr. Jörg Meyer
1. Vorsitzender VdZZvB

Julie Fotiadis-Wentker
2. Vorsitzende VdZZvB